

„Mut zur Veränderung – Mühlheim 2030“

„Gestalten statt verwalten“

Wahlprogramm der FDP Mühlheim

für ein attraktives Mühlheim mit finanziellem Gestaltungsspielraum

Für die Bürger – Für die Stadt

Legislaturperiode 2021 bis 2026

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	3
FINANZEN	4
WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG, STADTMARKETING, KULTUR.....	5
DIGITALISIERUNG.....	6
STADTENTWICKLUNG.....	8
VERKEHR.....	9
NATUR, UMWELT, KLIMA	10
FREIZEIT UND SPORT	11
BILDUNG, KINDER UND JUGENDLICHE.....	11
VEREINE, BÜRGERENGAGEMENT UND EHRENAMT.....	12
SICHERHEIT UND ORDNUNG	13
DATENSCHUTZ UND INFORMATIONSFREIHEIT.....	13

Vorwort

Mühlheim am Main ist einzigartig! Wir haben die Nähe zum Fluss, die Mainauen, Wälder und mit den Dietesheimer Steinbrüchen ein Naherholungsgebiet, dass auch über die Grenzen unserer Stadt hinaus äußerst bekannt ist. Mit einer guten Straßenanbindung, welche Fluch und Segen zugleich ist, und mit einer noch besseren S-Bahn Versorgung, die uns direkt von Hanau über Offenbach, Frankfurt, den Hauptbahnhof und den Flughafen in einer Ost-West Tangente mit der Landeshauptstadt Wiesbaden verbindet, ist Mühlheim besser in den großstädtischen Raum eingebunden als manch andere Gemeinde im Landkreis.

Die großen und kleinen Koalitionen der letzten Jahrzehnte, an denen alle heute im Stadtparlament vertretenen Parteien irgendwie beteiligt waren, haben diesen Standortvorteil aber nur sehr bedingt zu nutzen gewusst. Wir von der FDP sind davon überzeugt, dass das nicht zuletzt daran liegt, dass man sich im Stadtparlament lieber darum streitet, wer für was Schuld tragen könnte, anstatt gemeinsam über konstruktive und in die Zukunft gerichtete Lösungen nachzudenken. Deswegen wurde bisher für Mühlheim auch keine Vorstellung entwickelt, wie unsere schöne Stadt im Jahr 2030 und danach aussehen soll. Wollen wir bis dahin eine Schlafstadt im Speckgürtel Frankfurts sein, deren Bürger sich nur noch über Onlinehandel versorgen, oder wollen wir ein attraktives Mühlheim, in dem man gerne einkauft, ausgeht und seine Freizeit verbringt. Wollen wir darüber hinaus auch eine Stadt sein, in der gut ausgebildete Menschen nicht nur gut wohnen können, sondern auch zukunftsorientierte Arbeitsplätze vorfinden?

Wir von der FDP möchten in jedem Falle in einem attraktiven und lebendigen Mühlheim leben. Die Menschen in Mühlheim sollten nicht nur bei Plattformen wie Amazon, sondern auch beim Einzelhändler ihres Vertrauens online bestellen können, so wie es der Buchladen in der Bahnhofstraße schon lange vormacht. Wir wollen eine attraktive Nahversorgung bei so viel Individualverkehr wie nötig, aber auch so wenig wie möglich!

Die FDP steht seit jeher für solide Finanzen, Bildung und Digitalisierung. Wir stellen uns ein Mühlheim mit einer in der Region beispielhaften Digitalisierung vor - auf der Grundlage von Ökologie und Wirtschaftlichkeit. Exemplarisch für den Stand der Digitalisierung in Mühlheim ist die Tatsache, dass die Stadtverordneten ihre Unterlagen für die Stadtverordnetenversammlung bis zum heutigen Tage entweder ausgedruckt auf Papier oder als Mailanhang erhalten. Eine gemeinsame Plattform für die Stadtverordneten und die Verwaltung sucht man vergeblich. Das Onlinezugangsgesetz und die daraus resultierenden Verbindlichkeiten für die Kommunen liegen offensichtlich für das Mühlheimer Rathaus noch im Nebel.

Bildung ist nicht nur Schule, sondern auch außerschulische Möglichkeiten für die Kinder und Jugendlichen Mühlheims sich zu entwickeln. So würde zum Beispiel eine Partnerschaft mit einer englischen Kommune ganz neue Perspektiven für die sprachliche Förderung des Mühlheimer Nachwuchses bieten.

Zu all dem braucht es allerdings auch die finanziellen Mittel und die sollen nach unserem Selbstverständnis auf gar keinen Fall erneut auf Basis von immer höheren Abgaben erhoben werden. Den bisherigen Koalitionen ist niemals etwas anderes eingefallen als das neuerliche Anheben von Steuern, Gebühren und Hebesätzen. Wir sagen beim Thema Grundsteuer entschieden „genug ist genug“, denn als umlagefähige Nebenkosten war jede Erhöhung der letzten Jahre ausgesprochen unsozial! Andere Möglichkeiten die Einnahmeseite zu verbessern wurden nicht einmal in Betracht gezogen. So benötigt es aus unserer Sicht dringend ein funktionsfähiges Stadtmarketing, welches die Ansiedlung von solventem Handel und Gewerbe zum Ziel hat. Sichtbares Zeichen hierfür sollten die sofortige Schaffung von entsprechenden Planstellen in der Stadtverwaltung sein!

In diesem Kontext ist auch die Willy-Brandt-Halle zu nennen. Sie ist trotz der engagierten Arbeit der Beschäftigten ein brach liegendes Juwel. Hier muss sofort in der neuen Legislaturperiode ein Konzept erarbeitet werden, wie die Halle mit Kongressen, Konzerten und anderen Veranstaltungen - zum Wohle aller – in Zukunft einen soliden Deckungsbeitrag für die städtischen Finanzen beitragen wird!

Wir wollen auch in Zukunft ein lebenswertes Mühlheim in dem Ökologie, Wachstum und Wirtschaftlichkeit auf das Wohl der Bürger ausgerichtet ist. Wir müssen wieder lernen, kontrovers zu diskutieren, um am Ende über Parteigrenzen hinweg zu einem Konsens zu kommen.

Wir müssen weg von den kleinlichen Streitereien! Alle Mandate sind nur vom Wähler geborgt, denn die Bürgerinnen und Bürger wählen kommunale Parlamente, damit ihre Interessen vor Ort verantwortlich wahrgenommen werden! Wir müssen groß denken und brauchen pragmatische und undogmatische Lösungen – ganz besonders in Zeiten, wo jeder von uns in der weltweiten Corona-Pandemie vor große Unsicherheiten gestellt ist!

Mühlheim braucht endlich einen ökologischen, technikaffinen, digitalisierten, wachstumsorientierten, wirtschaftskompetenten, innovativen und kulturellen Schub!

Für die Bürgerinnen und Bürger und für die Stadt - Dafür steht die FDP in Mühlheim!

Finanzen

Libérale Kommunalpolitik verfolgt das Ziel, die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger in Mühlheim stetig zu verbessern. Grundvoraussetzung hierfür ist, dass der politische Gestaltungswille auf einem soliden finanziellen Fundament aufbauen kann. Die FDP Mühlheim hat sich deshalb einem besonders verantwortungsvollen Umgang mit den von den Bürgern entrichteten Steuern und Abgaben verschrieben, um finanzielle Handlungsspielräume für die wesentlichen Zielsetzungen kommunaler Politik zu schaffen und zu erhalten.

Die finanzielle Situation der Stadt Mühlheim hat sich in den vergangenen Jahren etwas verbessert. Dennoch erwirtschaftet die Stadt im laufenden Geschäft kontinuierlich weniger als vergleichbare Kommunen. Die Schuldensituation verschlechtert das ordentliche Ergebnis, und zwar stärker als in vergleichbaren Kommunen. Die Willi-Brandt-Halle hat zum Beispiel im Jahr 2018 nicht weniger als 304.000,- € Verlust gemacht, was niemanden zu stören scheint. Das Ziel verantwortungsbewusster Finanzpolitik muss ein dauerhafter Ausgleich sein, damit die Defizite nicht zum Motor ihrer eigenen Entwicklung werden. Die Stadt selbst hat zu den bisherigen Verbesserungen der Gesamtsituation aber nur den Verkauf von Grundstücken und zwei Jahre in Folge mit massiven Grundsteuererhöhungen beigetragen – als umlegbare Nebenkosten zu Lasten aller Bürger!

Der Bürgermeister und Kämmerer lobt sich gerne für seine Haushalte. Ein städtisches Grundstück kann man aber nur genau einmal verkaufen und dass ausgerechnet ein Sozialdemokrat eine umlegbare Steuer dazu nutzt den städtischen Haushalt zu sanieren, erwähnt er natürlich nicht. Die Leidtragenden sind wie immer die kommenden Generationen!

Ausgaben im Haushalt unserer Stadt müssen in Zukunft endlich stärker danach bewertet werden, ob sie die Innovations- und Ertragskraft der kommunalen Wirtschaft der Stadt stärken. Investitionen in die Ansiedlung neuer Gewerbetreibender, sowie in die Infrastruktur haben Vorfahrt vor konsumtiven Ausgaben und Selbstdarstellungsprojekten der aktuellen stadtverantwortlichen Politik. Mühlheim hat im Vergleich zu ähnlichen Kommunen zu wenig Arbeitsplätze innerhalb der eigenen Stadtgrenzen und auch deutlich weniger hochqualifizierte Einwohner!

Für uns als verantwortungsvolle Finanzpolitiker ist es von herausragender Bedeutung, dass

- Schulden schnell zurückgeführt und ausgeglichene Haushalte der Stadt auch zukünftig ohne (Grund-)Steuerhöhungen erreicht werden
- die konsumtiven Ausgaben im städtischen Haushalt dauerhaft begrenzt werden können, um Spielraum für Zukunftsinvestitionen - etwa in die Digitalisierung - zu ermöglichen
- bei der Aufstellung des Haushalts der Mittlereinsatz sorgfältiger geplant wird, um vorhersehbare Haushaltslücken nach Möglichkeit zu vermeiden
- durch mehr dezentrale Budgetverantwortung Anreize für die städtische Verwaltung geschaffen werden und wirtschaftlicher mit dem Geld der Steuerzahler umgegangen wird
- Sparvorschläge z.B. aus der Stadtverordneten-Versammlung in jedem Fall sorgfältig geprüft und nach Möglichkeit politisch umgesetzt werden

Wir stehen dafür ein, dass alle kommunalen Abgaben endlich transparent, verlässlich, verantwortungsbewusst und fair gestaltet werden denn letztendlich sind es die Bürgerinnen und Bürger, die die Stadt überwiegend mit ihren Steuergeldern finanzieren. Sie haben einen selbstverständlichen Anspruch darauf, dass mit dem von ihnen erarbeiteten Geld sorgfältig und verantwortlich umgegangen wird. Auch wenn die finale Entscheidung auf Kreisebene gefallen ist: Die nutzlosen Ausgaben für die Modernisierung der Fähre sind ein Paradebeispiel für sorglosen Umgang mit Steuergeld!

Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Kultur

Das, was verteilt werden soll, muss zuerst einmal erwirtschaftet werden! Wir erwarten daher von der nächsten Stadtverordnetenversammlung ein klares Aufbruchssignal für den überfälligen Start eines schlagkräftigen Stadtmarketings. Nur durch die Ansiedlung von Gewerbesteuerzahlern und der Nutzung des gesamten städtischen Potentials kann eine nachhaltige Verbesserung der Finanzen erreicht werden.

Für eine erfolgreiche Gewerbeansiedlungspolitik müssen die mannigfaltigen Vorteile, die Mühlheim zu bieten hat, endlich klar herausgearbeitet und entsprechen beworben werden. So ist neben der guten Verkehrsanbindung und den reichhaltigen Erholungsmöglichkeiten von Mühlheim auch gerade die Kultur der „schlummernder Riese“ welcher Mühlheim zu der Bekanntheit verhelfen kann, die uns zusteht! Mit „Gerdas kleine Weltbühne“, dem „Schanz“, der „Artificial Family“ erreicht die Mühlheimer Kulturszene bereits jetzt überregionale Bedeutung. Dies ist um so bemerkenswerter, als dass wir mitten im Rhein-Main-Gebiet natürlich mit einer starken kulturellen „Abwanderung“ nach Hanau, Aschaffenburg, Offenbach und natürlich Frankfurt zu kämpfen haben.

Wenn es die politisch Verantwortlichen endlich zulassen würden, dann könnte man das Bürgerhaus Willy-Brandt-Halle zu einem Veranstaltungsort entwickeln, der nicht nur kostendeckend arbeitet, sondern auch einen Beitrag zu den städtischen Finanzen leisten kann. Die WBH gehört zu den modernsten Bürgerhäusern der Region, was nicht zuletzt auch einem engagierten Team zu verdanken ist. Nach unserem Eindruck müssten eigentlich nur die politisch motivierten Fesseln gelöst werden, um aus der WBH eine feste Größe im Rhein-Main-Veranstaltungskalender zu machen.

Selbstverständlich ist und bleibt die WBH in erster Linie ein Bürgerhaus – für die Bürger und Vereine unserer Stadt. Mithin sollen auch zukünftig die Mühlheimer Vereine Vorrang genießen. Es macht aber aus unserer Sicht überhaupt keinen Sinn, die Halle nicht anderweitig und gewinnbringend für bewährte und neue Veranstaltungsformate zu nutzen. Letztendlich kommt jeder Gewinn, bzw. jede Vermeidung von Verlusten der Halle den Bürgerinnen, Bürgern und Vereinen unmittelbar zugute! Der Aufsichtsrat der Bürgerhaus GmbH soll daher zukünftig die Geschäftsführung autorisieren, die WBH ab sofort vernünftig zu vermarkten. Neben Konzerten sind natürlich auch Theater, Kongresse und Messen eine denkbare Nutzung. Alle Gäste, die im Rahmen von

Veranstaltungen in unsere Heimatstadt kommen, müssen hier essen, trinken, übernachten, tanken oder einkaufen. Alles Dinge die gut sind für die heimische Wirtschaft – und damit für den Stadtsäckel. Wer weiß, vielleicht gelingt es dann auch in ein paar Jahren ein attraktives Kongresshotel in die Mühlheimer Mainauen zu locken und den bitteren Verlust des „Waitz“ auszugleichen.

Auch die neue Schaffung einer Planstelle eines „Bookers“ bei der Bürgerhaus GmbH ist bei entsprechender Auslastung kurzfristig möglich. Eine solche Planstelle müsste zunächst einmal nur die eigenen Kosten decken. Das ist mit rund 15 (oder 0,3 pro Woche !!) zusätzlichen Veranstaltungen im Jahr problemlos möglich. Das man die Halle dauerhaft kostendeckend betreiben könnte, stellt alljährlich „Rosa Wölkchen“ unter Beweis. Die Aufführungen des Schmitt Theater waren ein Publikumserfolg und im Januar 2020 hat der Verein „Lautstark gegen Rechts“ in Kooperation mit dem „Schanz“ nachgewiesen, dass man die WBH mit rund 500 jungen Leuten voll bekommen kann, wenn man ein attraktives Angebot macht! Auch die ortsansässigen Chöre können hier zum Erfolg beitragen. Erwähnt sei das Jubiläumssingen des Dietesheimer Chores Concordia im Jahre 2016 anlässlich der 50-jährigen Verschwisterung mit unserer französischen Partnerstadt Saint-Priest in einer voll besetzten Willy-Brandt-Halle.

Bei der Ansiedelung von Gewerbe sollte Mühlheim einen stärkeren Fokus auf junge Unternehmen legen. Wir denken zum Beispiel an ein Gründerzentrum, in welchem die Stadt vergünstigten Mietraum, Co-Working-Spaces und eine gemeinsam zu nutzende Infrastruktur anbietet, um Start-ups zu fördern und an Mühlheim zu binden. Wirtschaftsförderung heißt auch Nachwuchsgewinnung. Diesen Nachwuchs könnte man auch zum Beispiel an Mühlheim binden, wenn die Stadt mit Hilfe der Wohnbau besonders günstigen Wohnraum für Studenten bieten würde. Ein solcher Wohnraum fußläufig an der S-Bahn würde Studenten in knapp 30 Minuten an den Campus Westend bringen!

Um die vielfältigen Vorteile unserer Stadt darzustellen, aber auch um die Defizite zu benennen braucht es bei der Stadtverwaltung eine Instanz, welche sich dediziert um diese Themen kümmert! Kern unserer Forderung sind daher die Schaffung und unmittelbare Besetzung einer Planstelle für Stadtmarketing in der Verwaltung. Die Planstelle muss mit einer ausgewiesenen Fachfrau oder einem ausgewiesenen Fachmann besetzt werden, einer Person, der die Mittel, Wege, Veranstaltungen und Gremien bekannt sind und die sofort starten kann.

Der Fachbereich IV macht seit vielen Jahren eine herausragende Arbeit bei der Unterstützung der mehr als 180 Mühlheimer Vereine, Gruppen und Organisationen. Als Ergänzung dazu und als gesellschaftliche Klammer, welche die kulturelle Vielfalt Mühlheims mit Stadtmarketing zu verbinden weiß, fordern wir die Bestellung einer zusätzlichen ehrenamtlichen „Stadträtin“ bzw. eines zusätzlichen ehrenamtlichen „Stadtrates“ für Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Kultur. Wir stellen uns hier eine Persönlichkeit vor, die mit ausgeprägter Medienkompetenz, unternehmerischem Geschick und einer starken Affinität zu Kunst und Kultur das „Gesicht“ für Mühlheim sein kann.

Digitalisierung

Das Thema Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung ist in Mühlheim, allen Beteuerungen der regierenden Parteien zum Trotz, schlichtweg kaum existent. Die Corona-Pandemie zeigt uns hierbei die Versäumnisse der letzten Jahre auf. Daher ist es wichtig, dass auch Politik und Verwaltung hier technisch aufholen und mit zeitgemäßen Arbeits- und Kommunikationsmitteln ausgestattet sind.

Es bestehen in Mühlheim „digitale Inseln“, wie zum Beispiel die „Mängelmelder App“ oder ein öffentliches WLAN, welche dann vorbildhaft als große digitale Errungenschaft beworben werden. Wie schon in der Einleitung beschrieben, ist zum Beispiel die Versorgung der Stadtverordneten mit Sitzungsunterlagen symptomatisch für den digitalen Zustand der Stadtverwaltung, sie erfolgt nämlich

per Mail oder mit Hilfe von buntem Papier. Um endlich auf der Höhe der Zeit zu sein, schlägt die FDP vor, ggf. auch mit anderen Kommunen im Kreis, eine Kollaborations-Plattform auf Basis von kostengünstiger Open Source Software zu beschaffen, die dann von der Verwaltung, dem Parlament und dem Magistrat gemeinsam und sicher genutzt werden kann. Bei einer solchen Lösung wären die Mühlheimer in bester Gesellschaft, denn dies ist auch die Vorgehensweise des BMI bei der Realisierung der „Bundescloud“ gewesen.

Digitalisierung ist dabei niemals ein Selbstzweck. Vielmehr ist es unser Maßstab, einen Mehrwert und Nutzen für die Bürger zu schaffen. Dies umfasst insbesondere:

- die Verbesserung von Kollaboration und Kommunikation in Stadt und Verwaltung
- die Verbesserung der Serviceleistungen, z.B. die Möglichkeit, viele Anliegen jederzeit online zu erledigen und dadurch Behördengänge und Wartezeiten zu vermeiden
- die Verkürzung von Bearbeitungszeiten
- die Ausweitung niederschwelliger bzw. barrierefreier Angebote
- die Schonung natürlicher Ressourcen (z.B. keine bunten Ausdrucke mehr)

Das Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG) verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, ab 2023 (!) ihre Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale auch digital anzubieten. Hessens Kommunen können sich von der ekom21 kostenfrei und individuell zum Thema Digitalisierung beraten lassen. Das Land Hessen finanziert diese Beratungsleistung mit rund 3,5 Mio. € in den kommenden drei Jahren.

Es ist allerhöchste Zeit um Mühlheim in eine „Pole Position“ der digitalen Kommune zu bringen. Wir von der FDP haben den Eindruck, dass man die Dringlichkeit in der Mühlheimer Politik gerade komplett verschläft!

Die Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen in der Verwaltung durch Digitalisierung setzt man gerne ein „lieber gar nichts tun“ entgegen. Aber dadurch lösen sich die Probleme und Herausforderungen nicht und diese Sorge ist auch völlig unbegründet! Die Entlastung der Verwaltung von Standard- und Routineaufgaben ergibt zwangsläufig mehr Zeit für konzeptionelles Arbeiten sowie individuelle Beratung der Bürgerinnen und Bürger.

Außerdem gehört zu einer digitalen Stadt auch ein entsprechender Breitbandausbau. Unsere Firmen, Schulen, Bürgerinnen und Bürger brauchen – und das hat Corona überdeutlich gezeigt – eine vernünftige Netzwerk-Anbindung.

„Digitale Souveränität“ bedeutet die Fähigkeit des Staates, jederzeit digital kommunikations- und handlungsfähig zu sein. Dieses Thema ist derzeit naturgemäß eher bei großen Bundesbehörden im Fokus. Mühlheim könnte hier mit etwas Phantasie und Mut eine Vorreiterstellung in Hessens Kommunen einnehmen. Das muss man aber auch verstehen, wollen und die entsprechenden Ressourcen bereitstellen.

Alles rund um den Themenkomplex Digitalisierung wird von der derzeitigen Koalition gar nicht, oder nicht in ausreichendem Maß vorangetrieben. Nach Überzeugung der Freien Demokraten liegt das zum einen am mangelnden Verständnis für die Dringlichkeit und zum anderen an schlicht nicht vorhandenen Fachkenntnissen! Wir werden daher in der nächsten Legislaturperiode einen „städtischen CIO“ vorschlagen. Aus Kostengründen halten wir zunächst die Benennung eines ehrenamtlichen Magistratsmitgliedes für diese Funktion für sinnvoll. Diese Person muss selbstverständlich überparteilich vorgeschlagen und gewählt werden, denn hier zählt ausschließlich Kompetenz und nicht Parteiproporz.

Stadtentwicklung

Der Hessische Wirtschaftsminister Al-Wazir von den „Grünen“ will mit dem „Großer Frankfurter Bogen“ ein Potenzial von bis zu 200.000 Wohnungen in 55 Gemeinden im Umland von Frankfurt erschließen. Zu diesen 55 Gemeinden zählt auch Mühlheim. Zunächst ist diese Form der Wohnraumförderung vom Land Hessen gewiss begrüßenswert, allerdings wirft sie auch eine Reihe von Fragen auf. Das Vorhaben von Al-Wazir könnte 2.000 bis 4.000 neue Wohnungen für Mühlheim bedeuten. Dafür müssten große bislang freie Flächen erschlossen und vorhandene Gebiete massiv nachverdichtet werden. Wir fragen uns, ob eine solche Größenordnung im Mühlheim realisierbar, verkraftbar und handhabbar ist.

Wollen wir wirklich dem Siedlungsdruck von außen nachgeben und jede Baulücke mit maximaler Gewinnerorientierung an ortsfremde Bauträger vergeben? Den Menschen in Mühlheim ist ihre Stadt wichtig und eine solche Dimension lässt sich nur nach einer detaillierten Analyse der Verhältnisse vor Ort und unter echter Einbeziehung der Mühlheimer Bürgerinnen und Bürger darstellen. In diesem Sinne hätte die Bürgerbeteiligung bei der zukünftigen Bebauung des „Waitz Geländes“ einen Maßstab setzen können. Das wurde bedauerlicherweise versäumt.

In den letzten Jahren ist es bereits zu einer massiven Nachverdichtung im Bestand gekommen. Durch die Vorgaben der Stadt, zwei Geschosse plus Staffelgeschoss und auch den Verkauf von Flächen an große Investoren, sind im Stadtgebiet mehr oder minder gleichförmige Baukörper entstanden. Die kommerziellen Investoren bauen i.d.R. das Maximum dessen was zulässig ist, die äußere Form scheint niemanden so recht zu interessieren. Über die immer wieder neu entstehende bauliche Langweile in Mühlheim kann dann auch kein erster Spatenstich am Bahnhof hinwegtrösten. Dort hätte auch ein Gründerzentrum mit angegliederten Wohnungen für Studenten entstehen können.

Die Freien Demokraten werden sich dafür einsetzen, dass das Bauen auch für Mühlheimer Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleibt. Man könnte zum Beispiel kleinere Parzellen ausweisen, sodass der Baugrund für große Investoren nicht mehr so attraktiv erscheint. Wir brauchen definitiv mehr bezahlbares Bauland für junge Familien.

Eine ansprechende Architektur, welche zur Umgebung passt, ist ein Ausdruck eines lebenswerten Mühlheims. Hierzu ist aber Mut zu neuen Planungs- und Bebauungsansätzen gefragt, der im gesamten Stadtbild bedauerlicherweise selten erkennbar ist. Wir von der FDP haben den Eindruck, dass es auch wieder bei der Bebauung des „Waitz Geländes“ unterlassen wurde, angemessen Einfluss zu nehmen. Die bisher vorgelegten Pläne und die Dichte der Bebauung sehen für uns nicht nach einer neuen „Lämmerspieler Ortsmitte“ aus. Selbstverständlich achten wir als Freie Demokraten die Eigentumsrechte der neuen Besitzergesellschaft. Wir glauben aber auch, dass die sogenannte Bürgerbeteiligung keinerlei Einfluss auf das zukünftige Gestaltungsbild der Wohnbebauung haben wird. Hier hätte sich die einmalige Chance geboten mit erfahrenen Stadtplanern, Architekten oder Hochschulen einen Wettbewerb der Ideen zu starten. Bürgerbeteiligung als Feigenblatt für ein „es ist halt wie es ist“ kann kein Ziel aktiver Kommunalpolitik sein!

Die Corona-Krise zeigt mehr als dramatisch, wie schwer es der Einzelhandel gegen die Internetriesen hat. Sie verschafft den Amazon's und Co. eine Sonderkonjunktur, während Ladengeschäfte schließen müssen. Zum Zeitpunkt, zu dem wir dieses Programm schreiben, haben schon etliche große Filialisten angekündigt, auf der Frankfurter Zeil zu schließen.

Es ist aller höchste Zeit, die Bahnhofstraße so zu beleben, dass das Einkaufen dort wieder Spaß macht. Anstatt wie jüngst geschehen über Umwidmungen und neue Markierungen zu philosophieren, sollte man es einfach mal in die Hand nehmen und richtig machen. Es gibt keinen Grund, weiterhin Durchgangsverkehr im verkehrsberuhigten Bereich der Bahnhofstraße zu gestatten.

Als Anliegerstraße, oder noch besser durch hydraulisch versenkbare Poller, könnte man die Zufahrt ein für alle Mal regeln. Damit hätte man auch Platz gewonnen für Außengastronomie, Bäume, welche auch Schatten spenden, ansprechende Sitzmöbel, welche zum Verweilen einladen, Fahrradständer, die nicht ganz so provisorisch aussehen und vielleicht kann man den Siebzigerjahre Charme der Straße bald einmal so erneuern, dass eine „Mühlheimer Rambla“ entsteht.

Verkehr

Die FDP setzt sich dafür ein, dass den Menschen in Mühlheim ein hohes Maß an Mobilität gewährleistet wird. Dabei sind den Belastungen durch den Individualverkehr Grenzen zu setzen. Ziel ist für die FDP die Pflege, Erhaltung und - soweit erforderlich - Erweiterung eines effizienten, sicheren und umweltschonenden Verkehrsnetzes – gerade auch für Fußgänger und Radfahrer.

Dazu gehört, dass

- der öffentliche Personen-Nahverkehr weiter optimiert wird
- der Durchgangsverkehr wo immer möglich bürgerfreundlich beruhigt wird
- dennoch die Verkehrsströme so flüssig wie möglich gestaltet werden
- das Radwegenetz weiter ausgebaut, vernetzt und noch sicherer gestaltet wird.

Die Stadtteile Mühlheims haben einen sehr unterschiedlichen Anspruch an die Verkehrsanbindung. In Mühlheim und Dietesheim gibt es einen S-Bahn Anschluss, in Lämmerspiel nicht. Daher benötigen gerade in Lämmerspiel junge Familien oftmals zwei Fahrzeuge für ihren täglichen Mobilitätsbedarf. Dadurch entsteht ein höherer Parkraumdruck im Stadtgebiet, welchem alle aktuellen und zukünftigen Bauprojekte Rechnung tragen müssen. Aktuell bei der Bebauung des Waitz Geländes ist es offensichtlich, dass die Große Koalition hier uneins ist. Während die CDU mehr Stellplätze zu wollen scheint, möchte die SPD wohl weniger. Anstatt klar zu sagen, wie die Positionen wirklich sind vertröstet man sich mit Kompromissen, am Ende des Tages auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger. Lämmerspiel braucht bei einer Bebauung des Geländes ausreichend Stellplätze, denn zugeparkte Straßen braucht keiner. Das sollten auch die Sozialdemokraten verstehen, die anscheinend in Lämmerspiel kein Wählerklientel sehen und stattdessen in Kauf nehmen, dass ihre Koalitionspartner von der Union in eine Zwickmühle geraten. Realistisch betrachtet, werden die zukünftigen Bewohner des Waitz Geländes eher zwei als ein Auto ihr Eigen nennen.

Um die Menschen in Lämmerspiel für den ÖPNV zu begeistern braucht es eine sehr enge Taktung des Busverkehrs mit der S-Bahn und einen sicheren kommunalen Radschnellweg von Lämmerspiel zum Bahnhof. Damit wollen wir ausdrücklich ÖPNV und Radverkehr fördern, eine einseitige Fixierung darauf lehnen wir grundsätzlich ab. Es gibt in einer alternden Gesellschaft nämlich eine steigende Zahl von Menschen, für die Rad, Bus und Bahn keine valide Option mehr ist.

Die einspurige Verkehrsführung in der Dietesheimer Straße begrüßen wir, erwarten aber von der Stadtverwaltung, dass sie endlich finalisiert und das hässliche Provisorium beendet wird. Der Verweis der Stadtverwaltung auf die Zuständigkeit von Herrn Al-Wazir und seinen nachgelagerten Behörden, wie die Hessen mobil, klingt irgendwann unglaubwürdig! Wenn es mit guten Worten nicht gelingt, dann muss man sich in Wiesbaden halt auch mal unbeliebt machen. Es gibt ja auch eine Hessen SPD und eine Hessen CDU, die man instrumentalisieren könnte.

Da die andere, südliche Hälfte der B43 nach unserem Eindruck für Fußgänger, Radfahrer und Anwohner noch belastender ist, wäre zu prüfen, ob auch dort ein entsprechender Verkehrsversuch durchgeführt werden sollte.

Das Nebeneinander von Radverkehr, Fußgängern, Hundebesitzern, Joggern und Skatern, sowie Menschen, die einfach nur sonnenbaden wollen, ist seit Jahrzehnten ein am Mainufer ungelöstes Problem. Die jüngst aufgestellten Schilder, welche um Rücksicht werben sind zwar nett, verfehlen aber komplett ihren Zweck. Die mit Abstand größte Gefahr für die körperliche Unversehrtheit aller Nutzer des Uferweges ist offensichtlich die kleine Gruppe von unverantwortlich schnell fahrenden

Radfahrern. Diese kommen von irgendwo her aus der Region, sind in Mühlheim nur auf der Durchreise, oder sollten wir besser sagen „Durchrase“, und machen aus unseren Mainauen eine Rennbahn. Wir von der FDP sind der Meinung, dass dem auf Mühlheimer Gemarkung endlich mit angemessenen Maßnahmen Einhalt geboten werden muss! Es ist nicht länger hinnehmbar, dass Mühlheimer Bürgerinnen und Bürger und vor allem die Kinder ständig von unangepasst schnell fahrenden Radfahrern gefährdet werden, die unsere Mainauen als ihr natürliches Habitat begreifen. Dies kann man mit baulichen Maßnahmen (Rüttelstreifen o.ä.) forcieren, aber auch mit kontinuierlichen Kontrollen durch die Stadtpolizei – auch an den Wochenenden! Wer auf dem Rad rasen will, der soll auf der B43 fahren!

Die Einstellung des Fährverkehrs nach fast 120 Jahren war nicht nur ein trauriges verkehrspolitisches Debakel, sondern auch ein besonders abschreckendes Beispiel von sorg- und hemmungslosem Umgang mit dem Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger! Dem Betreiber gekündigt, ohne eine Idee, wie es weiter gehen kann! Nicht weniger als 117.000,- € wurden für die Instandsetzungen ausgegeben, ohne einen Plan zu haben, wer zukünftig diese Fähre fahren kann. Dann erfolgte die Vergabe an einen offensichtlich nicht qualifizierten Pächter. Dann kam die Havarie – dann das Ende und einen Eintrag ins Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler! Kann man es eigentlich noch schlechter machen?

Die Freien Demokraten in Mühlheim werden in jedem Falle in Mühlheim und im Kreis für eine neue und umweltfreundliche Mainquerung werben und kämpfen. Sie ist ein Stück Lebensqualität und nicht zuletzt auch eine Wirtschaftsrouten, die die beiden Ufer des Mains verbindet.

Natur, Umwelt, Klima

Natur- und Umweltschutz verbinden die Nutzung der Umwelt durch den Menschen mit dem Schutz und Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und Artenvielfalt. Die Geschichte artenreicher Kulturlandschaften zeigt, dass sich Ökonomie und Ökologie nicht gegenseitig ausschließen, sondern zusammengehören. Eine lebenswerte Umwelt kommt bei uns Freien Demokraten immer an erster Stelle. Wir sind allerdings auch der Auffassung, dass man ein umweltbewusstes Handeln nicht durch Gängelung, Reglementierung und Verteuerung auf der einen Seite und durch absurde Subventionierungen auf der anderen Seite erreichen kann.

Wir Freie Demokraten wollen die Zukunft unserer Kinder durch nachhaltiges Wirtschaften sichern, unsere Ressourcen verantwortungsvoll nutzen und schonend mit unserer Umwelt umgehen. Daher soll Mühlheim sich zum Ziel setzen, so schnell wie nur irgend möglich klimaneutral zu werden. Dieses Zieldatum wollen wir gemeinsam mit den anderen Parteien verhandeln und verbindlich festlegen.

Für uns Freie Demokraten beginnt Klimaschutz vor der eigenen Haustür. Jeder Einzelne kann dazu beitragen, den „menschlichen Fußabdruck“ auf unserem Planeten so gering wie möglich zu halten. Als Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft bekennen wir uns zum Verursacherprinzip und wollen diejenigen, die überdurchschnittlich stark zur Belastung unserer Umwelt beitragen, auch dafür zahlen lassen. Deshalb sehen wir in der CO₂-Bepreisung den Schlüssel zur nachhaltigen Verringerung des Treibhausgasausstoßes. Zusätzliche Belastungen von Verbrauchern und Unternehmen durch Steuern, Abgaben und Umlagen lehnen wir ab. Wir streben eine ökologische Marktwirtschaft an, die das Klima ökologisch wirksam und ökonomisch effizient schützt. Dabei setzen wir auf neue Technologien, die es heute schon gibt und an denen vielerorts auch heute schon geforscht wird.

Konkret in Mühlheim bieten sich die entsprechende energetische Sanierung und ggf. Begrünung aller öffentlichen Gebäude, die Nutzung von Wasserstoff und/oder batterieelektrischen Antrieben für die Fahrzeuge der Kommune, der Ausbau und die Förderung von Photovoltaik, die effektive Speicherung

von Strom in abnahmeschwachen Zeiten, sowie den Rückbau und Bepflanzung von überflüssigerweise versiegelten öffentlichen Flächen an.

Wir Freie Demokraten sind grundsätzlich für jede Idee und jede Technologie offen, die einen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Dies gilt natürlich insbesondere für den Verkehr. Durch die massive Förderung des Bundes in die batterieelektrischen Antriebe entsteht auch für Mühlheim ein merklicher Innovationsdruck! Die überschaubare Anzahl an öffentlichen Ladestationen (zwei!) ist ein sichtbarer Ausdruck des mangelnden Sinnes für Dringlichkeit bei den politischen Verantwortlichen. Auch wird ein massiver Ausbau der benötigten Hausanschlüsse notwendig sein. In Rodgau denkt man an die Beschaffung von mit Wasserstoff betriebenen Bussen nach. Es wäre schön gewesen, wenn Mühlheim sich hier auch um eine Vorreiterrolle bemüht hätte!

Freizeit und Sport

Die Lebensqualität der derzeitigen und zukünftigen Mühlheimer Bürgerinnen und Bürger definiert sich in weiten Teilen durch die herausragende Lage am Fluss, das einmalige Naherholungsgebiet, sowie die große Zahl an unterschiedlichen Angeboten im Bereich Freizeit und Sport. Dabei leisten speziell die Mühlheimer Vereine eine herausragende Arbeit.

Dies gilt es zu erhalten und weiter zu verbessern. Wir wollen das auch zukünftig die Vereine bei Ihren Projekten und Vorhaben tatkräftig und finanziell unterstützt werden können. Die beiden Mühlheimer Bäder sind wichtige Orte für Freizeit- und Breitensport und müssen auf jeden Fall erhalten und gefördert werden.

Bildung, Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Bildung. Von der Kita bis zur Hochschule müssen junge Menschen dazu befähigt werden, selbstbestimmt leben zu können. Bildung bedeutet, die Freiheit zu haben, sein Leben zu gestalten. Bildung ist daher das wichtigste und einzige Kapital unserer Gesellschaft. Bildung und Wissen sind letztlich auch die einzigen Größen, die unendlich wachsen können, ohne nur endlich verfügbare Ressourcen zu verbrauchen. Der konsequente Aufbau einer Bildungsgesellschaft, der alle Bevölkerungsschichten einbezieht, sichert daher nachhaltig den Wohlstand aller.

In der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass vielfach der Gesundheitsschutz gegen das Recht auf Bildung und die Chancengerechtigkeit abgewogen werden musste. Wir Freie Demokraten sind der Auffassung, dass neben der Wahrung des Gesundheitsschutzes auch das Recht auf Bildung höchste Priorität haben muss. Die Corona-Krise darf nicht zur Bildungskrise werden.

Ziel der FDP ist es, jeden nach seinen Fähigkeiten und Begabungen optimal zu fördern. Bildung und Erziehung unserer Kinder beginnt von Anfang an und ist zuallererst Aufgabe der Eltern. Um sie bei dieser Aufgabe bestmöglich zu unterstützen, sollen Familien auf ein breites Angebot von Krippen und Kindertagesstätten zur Betreuung der unter und über Dreijährigen zurückgreifen können. Schulen und weitere städtische Bildungsangebote wie die Musikschule und die Stadtbücherei sollen unseren Kindern mit ihren individuellen Lernvoraussetzungen, ihrer Persönlichkeit und ihrem jeweiligen Entwicklungsstand optimale Lernvoraussetzungen bieten. Die Möglichkeiten der Betreuung der Grundschüler nach dem regulären Unterricht soll durch die Schaffung weiterer Hortplätze bedarfsgerecht ausgebaut werden. Grundsätzlich sind wir dafür, alle Betreuungseinrichtungen für Kinder unentgeltlich anzubieten. Wir treten dafür ein, dass für Kinder und Jugendliche auch nach dem Wechsel in weiterführende Schulen ein attraktives Angebot besteht, um sich in Gemeinschaft mit Gleichaltrigen unter fachlich geschulter Anleitung weiter zu entwickeln. Dabei kommt dem städtischen Jugendzentrum besondere Bedeutung zu. Die offene Jugendarbeit soll mit den Angeboten der Kirchengemeinden, der Vereine und gegebenenfalls der Nachbarstädte abgestimmt werden. Durch Kooperationen und gegenseitige Ergänzungen bei den Angeboten sollen Jugendliche aller Altersgruppen erreicht werden und auf Möglichkeiten stoßen, in der Freizeit ihren Interessen

und Hobbies in Mühlheim nachgehen zu können. Beim Jugendzentrum leisten der Erste Stadtrat und der Fachbereich bereits gute Arbeit und wir unterstützen diese ausdrücklich. Das JUZ soll die Mittel bekommen, die es für eine gute Jugendarbeit braucht.

Um leistungsfähige Schulbildung langfristig sicherstellen zu können, braucht es moderne Ausstattung in modernen Räumlichkeiten, die sich an den Bedarfen von morgen orientieren und nicht heute gerade das erforderliche Minimum darstellen. Bei anstehenden Schulsanierungen geht es nicht nur um die längst überfällige Beseitigung von Mängeln. Die Turnhalle der Brüder-Grimm-Schule in Lämmerspiel ist hierfür ein Beispiel. Auch der fortschreitende Ausbau der Ganztagsbetreuung, eine zunehmend inklusive Betreuung, die digitale Ausstattung und offene Lehr- und Lernarrangements müssen räumlich berücksichtigt werden.

Leider ist es erst durch Corona bewusst geworden, dass Schulen über eine arbeitsfähige digitale Infrastruktur verfügen müssen. Wir Freie Demokraten fordern, dass alle hessischen Schulen zeitnah zumindest mit einem Glasfaseranschluss ausgestattet und mit WLAN versorgt werden. Zudem benötigen Schülerinnen und Schüler angemessene digitale Endgeräte. Schüler, die aus wirtschaftlichen Gründen keinen Zugang zu solchen Geräten haben, sollten unterstützt werden. Je nach Situation kommt auch die Zuteilung von Leihgeräten in Betracht. Für datenschutzkonformes und sicheres digitales Arbeiten müssen auch Lehrkräfte mit einem entsprechenden Endgerät ausgestattet werden.

Auch auf kommunaler Ebene muss ein starkes Bewusstsein darüber vorhanden sein, dass die Chancen unseres Landes in erheblichem Maße davon abhängen, welche Wertigkeit und Priorität wir unseren Schulen einräumen. Letztlich machen Bildungseinrichtungen mit hoher Reputation und gutem Ruf Mühlheim gerade für junge Familien attraktiv.

Daher erwarten wir von der zukünftigen Stadtverordnetenversammlung ein starkes Signal, bei der digitalen Ausstattung der Mühlheimer Schulen führend sein zu wollen!

Die Städtepartnerschaft mit Saint Priest ist grundsätzlich ein gutes Beispiel für gelebte europäische Bildungspolitik, wobei wir den Eindruck haben, dass dies nicht mehr sehr präsent in der öffentlichen Wahrnehmung ist. Daher schlagen wir vor, zusätzlich eine Städtepartnerschaft mit einer englischsprachigen Kommune einzugehen, die dann im Schüleraustausch speziell den Kindern in der Haupt- und Realschule zugutekommt. Gute englische Sprachkenntnisse sind ein Muss für einen auskömmlichen Arbeitsplatz.

Vereine, Bürgerengagement und Ehrenamt

Für die FDP gehören Engagement und Mitwirkung möglichst vieler Bürger zu den Elementen, die das Leben in der Stadt lebenswert machen. Die Stadtverwaltung ist hier durch den Fachbereich IV ohne jeden Zweifel sehr gut aufgestellt. Diese Beteiligung am Zusammenleben im Gemeinwesen verdient Anerkennung; sie muss weiter gestärkt und gefördert werden. In der Praxis hat sich dieses Engagement in vielfältiger Weise bewährt, in Vereinen aller Art, den Kirchengemeinden, der Freiwilligen Feuerwehr und in der Vergangenheit auch in Bürgerinitiativen.

Die FDP unterstützt alle Maßnahmen, welche geeignet sind, das Engagement von Bürgern zu stärken und zu würdigen. Zum Beispiel könnte man die „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“ ergänzen mit einem lokalen Ehrenamtstag.

Man könnte weiterhin das städtische Grün in die Hand von freiwilligen Anwohnern geben, die dann zum einen den städtischen Bauhof entlasten, aber auch das Grün in ihrer unmittelbaren Umgebung individuell gestalten könnten.

Es ist für die Freien Demokraten vorbildlich, was der Freundeskreis der Mühlheimer Flüchtlinge leistet! Das Beste für Menschen, die aus Krisengebieten fliehen mussten und für die Mühlheimer

Gesellschaft ist eine gelungene Integration! Jede Spende und jede städtische Zuwendung ist eine Investition in eine gemeinsame Zukunft.

Jeder Mensch, der in den letzten Jahren im Mittelmeer ums Leben gekommen ist, ist einer zu viel. Dem von der Initiative Seebrücke gegründete Bündnis „Sichere Häfen“ gehören bereits 211 Kommunen an. Die Freien Demokraten fordern, dass auch Mühlheim sich zum „Sichern Hafen“ erklärt und damit ein deutliches Zeichen für Toleranz und für das Leben setzt.

Sicherheit und Ordnung

Für uns Freie Demokraten ist die Gewährleistung der inneren Sicherheit eine der zentralsten Aufgaben des Staates. Die Garantie von Sicherheit als Ermöglichung von Freiheit und zur Schaffung von Frei-Räumen ist unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Das gilt selbstverständlich gerade auf der Ebene der Städte und Gemeinden. In Mühlheim muss sich jeder sicher fühlen können. Diese Sicherheit zu schaffen und dauerhaft zu sichern, liegt in der besonderen Verantwortung der Politik.

Wir haben nicht zu weiche Gesetze, sondern zu wenig Vollzug und Prävention. Daher setzen wir uns für eine bessere Ausstattung der Polizei durch das Land und bei uns vor Ort der Ordnungsbehörde und der Streetworker zur Kriminalitätsprävention ein. Wir wollen ein sicheres Mühlheim. Dazu zählt vorrangig auch die finanzielle und materielle Ausstattung unserer Feuerwehr!

Datenschutz und Informationsfreiheit

Seit Mai 2018 gilt das hessische Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDISG). Dahinter verbirgt sich der grundsätzliche Anspruch einer jeden Bürgerin, eines jeden Bürgers auf Zugang zu amtlichen Informationen, und zwar unabhängig von einer eigenen individuellen Betroffenheit. Unter amtlichen Informationen versteht man alle amtlichen Zwecken dienende Aufzeichnungen, unabhängig von der Art der Speicherung. Aus Rücksicht auf die verfassungsrechtliche Garantie der kommunalen Selbstverwaltung hat der hessische Landtag das Informationsfreiheitsgesetz nicht auf die Kommunen und Landkreise erstreckt. Für diese gilt das Gesetz nur dann, wenn die Kommune bzw. der Landkreis es freiwillig durch Satzung so bestimmen.

Nach unserem Eindruck entscheiden in Mühlheim der Bürgermeister und der erste Stadtrat bzw. die nachgeordneten Fachbereiche über Art und Umfang der Auskunft die Mühlheimer Bürgern zusteht - oder eben auch nicht zusteht.

Diese Handhabung eines derart grundlegenden Rechtes ist aus liberaler Sicht vollkommen unakzeptabel. Daher fordern wir eine ergänzende Satzung, um die Informationsfreiheit abschließend zu regeln. Da dies im Landkreis bereits umgesetzt wurde, können wir keinen vernünftigen Grund für eine weitere Weigerung der aktuellen Koalition erkennen.